

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



**Die Anstaltsküche  
wichtiger und sensibler Bereich einer JVA**

Im Facheil:

**Hessen hat sein „Einheitliches Strafvollzugskonzept“ vorgestellt  
Rechtsprechung: Ein OLG-Urteil und seine Auswirkungen**

**1**

Januar 2002



## 25 Jahre Ortsverband Stade

Das Jahr 2001 war für uns ein Jahr der Jubiläen. Zum einen wurde der Ortsverband am 23. September 2001 25 Jahre „jung“, was auch gebührend gefeiert wurde.

Die Mitglieder, die zur Feier auch ihre (Ehe-)partner mitbrachten, folgten der Einladung des Vorstandes zahlreich.

Der Landesvorstand, der auch eingeladen war, fand leider keine Zeit, beim Brunch in Bornberg dabei zu sein.

Trotzdem hatten alle Anwesenden viel Spaß und hoffen auf ähnliche Vorhaben in kommenden Jahren.

Desweiteren wurde den Kollegen Dieter Tiemann und Hans-Otto Foltmer durch unseren Vorstand zur 25-jährigen Mitgliedschaft im VNSB gratuliert.

Ein ganz besonderes Jubiläum feierte unser pensionierter Kollege Heinzpeter Oltermann am 1. Juni 2001. Vierzig Jahre im Verband waren ihm eine Feier im kleinen Rahmen wert. Zum Dank für diese langjährige Mitgliedschaft überreichte der Erste Vorsitzende Andreas Bock dem begeisterten Jäger einen Gutschein für Jagdbedarf, worüber er sich sehr freute.

und teilweise liebevolle Verpflegung (wenn z. B. die müden Sportler vom Training zurückkamen und im Eingangsbereich der Schule warmen Butterkuchen vorfanden ...) und bei den Verwaltungsdamen für allzeit gewährten Zuspruch und Unterstützung. Auch der Leiter der Schule, Herr Regierungsdirektor Frithjof Plappert, fand in seiner Abschlussbetrachtung nur anerkennende und lobende Worte für die Bereitschaft der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer motiviert und engagiert ihr Lehrgangziel zu erreichen. Darüber hinaus betonte Herr

Plappert positiv den reibungslosen Ablauf aller Funktionen, die ein Schul- und Internatsbetrieb mit sich bringen. Probleme, die in der alten Schule allein durch die baulichen Gegebenheiten immer wieder auftraten, fanden in den neuen Räumlichkeiten keinen Nährboden mehr. Es ist also ein durchaus positiver Anfang zu verzeichnen, der aber nur als Triebfeder verstanden werden kann. Als Triebfeder auch weiterhin die Entwicklung einer modernen Einrichtung für Erwachsenenbildung voranzutreiben.

Meyer/Zimmermann

## Langjähriger Protokollführer des OV Braunschweig im Vorruhestand

Am 1. November 2001 begab sich der langjährige Protokollführer des OV Braunschweig, Kollege AI im JVD Peter Danke, in den Vorruhestand.

Kollege Danke war bis zu diesem Zeitpunkt LdAV in der JVA Braunschweig.

Hier war er immer bemüht, für alle Kolleginnen und Kollegen ein guter Vorgesetzter zu sein, er hatte immer ein offenes Ohr für die Probleme der Bediensteten und versuchte, so gut es

eben ging, jedem zu helfen. Zum Abschied überreichte der Vorsitzende des OV Braunschweig, Dieter Tümmler, Kollegen Danke ein Bildband über die USA.

Die USA sind sein Lieblingsreiseziel, vorrangig Kalifornien. Wir alle wünschen Peter Danke alles erdenklich Gute für die Zukunft.

D. Tümmler

Erster Vorsitzender OV BS

# Nordrhein-Westfalen



Das „Beamten-Jahrbuch“ liegt jetzt in der 3. Auflage in überarbeiteter Fassung vor.

Diese Sammlung von überwiegend landesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen versteht sich als Ergänzung zum „Handbuch für den Strafvollzug“, das die BSBD-Bundesleitung soeben in 3. Auflage vorgelegt hat. Diese beiden Gesetzessammlungen sind sowohl für die Beamtenanwärterinnen und -anwärter als auch für die Praktikerinnen und Praktiker im Strafvollzug eine unverzichtbare Informationsquelle.

Bei der Zusammenstellung des „Beamten-Jahrbuches“ sind die Anregungen der Justizvollzugsschule und der Praxis berücksichtigt worden, so dass den Kolleginnen und Kollegen eine überzeugende, auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Gesetzessammlung vorgelegt werden kann.

Den Nachwuchskräften des Vollzuges, die zur Zeit ihre Ausbildung beginnen und die Mitglied im BSBD sind, erhalten die beiden Fachbücher kostenlos.

BSBD-Mitgliedern werden die Fachbücher zu einem lukrativen Sonderpreis zur Verfügung gestellt. Nähere Informationen erteilen die BSBD-Ortsverbände.

## Zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Jahreswechsel möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, alle Mitglieder im Bund der Strafvollzugsbediensteten in Nordrhein-Westfalen recht herzlich zu grüßen.

Ein Jahr von ganz historischer Bedeutung neigt sich dem Ende entgegen, und alle Menschen spüren: Seit dem 11. September hat sich die Welt verändert. Sicherheitsfragen stehen wieder im Mittelpunkt aller politischen Entscheidungen und mithin auch die Frage nach der Lage im Strafvollzug als maßgebliche Säule der Inneren Sicherheit.

Während für den Bereich der Polizei und Feuerwehr bereits entsprechende finanzpolitische Ressourcen geöffnet wurden, ist bislang für den Bereich des Strafvollzuges keine spürbare positive Entwicklung sichtbar geworden. Offensichtlich wird dabei die desolate personelle und vollzugliche Situation in den teilweise baulich völlig veralteten NRW-Justizvollzugsanstalten sträflich unterschätzt. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Strafvollzugsbediensteten unseres Landes ihren Dienst verrichten, werden zunehmend schlechter und führen bei den Kolleginnen und Kollegen zum Verdross und innerer Kündigung bis hin zur Erkrankung und vorzeitiger Zurruesetzung. Personalengpässe in der Verwaltung und im allgemeinen Vollzugsdienst kennzeichnen den Alltag und führen zu Arbeitsverdichtungen und zunehmenden Mehrarbeitsstunden.

Vor diesem Hintergrund und trotz der schwierigen haushaltswirtschaftlichen Lage in Bund und Ländern kann der **BSBD** mit seiner Gewerkschaftsarbeit dennoch, und zwar wie keine andere Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, auf eine Erfolgsbilanz für das Jahr 2001 zurückblicken.



Nachdem bereits im laufenden Jahr für die Bediensteten im **allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst über 400 zusätzliche Beförderungen** durch die Öffnung der Obergrenzen erreicht und umgesetzt wurden, **steht die gleiche Zahl von zusätzlichen Beförderungsstellen auch wieder im Jahr 2002 zur Verfügung.**

Erstmalig nach vielen Jahrzehnten dauerhaften Stillstands in der **Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes** werden 2002 nun **16 stellvertretende Anstaltsleiter, die auch gleichzeitig die Aufgaben eines Verwaltungsleiters wahrnehmen, in das Eingangsamts des höheren Dienstes (A 13) übergeleitet.** Leider konnte eine daraus resultierende Neuschlüsselung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst noch nicht realisiert werden, was wir jedoch bei den Haushaltsanmeldungen für 2003 vorrangig fordern werden.

Vor dem Hintergrund der besonderen personellen Engpässe haben wir u. a. **314 Einstellungsversprechen** für den **allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst** realisieren können.

Des Weiteren haben wir in letzter Minute die **Weiterzahlung des Anwärterzuschlags** erreichen können. Gerade hier drohte durch die in ihren Auswirkungen zunächst nicht erkannte Verlagerung der Zuständigkeit vom Bund

auf die Länder eine Situation einzutreten, die für die Anwärter/Innen im allgemeinen Vollzugsdienst durch Wegfall dieser Zulage katastrophale Folgen gehabt hätte.

Endlich steht auch fest, dass der Forderung des **BSBD** hinsichtlich der **Erweiterung des Funktionskatalogs** im Sinne der Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 9 der Bundesbesoldungsordnung **für die Personalsachbearbeiter und DV-Systembetreuer** entsprochen wurde. Die Frage der Aufnahme der **Ausbildungsleiter** in den Funktionskatalog wird gegenwärtig noch geprüft.

Weiter freuen wir uns, nunmehr auch den vom **BSBD** seit Jahren eingeforderten **Bestand der Justizvollzugsschule** bestätigen zu können. Überlegungen einer Schließung bzw. Verlagerung dieser Einrichtung sind endgültig „vom Tisch“.

Diese Aufzählung von nur einigen wenigen zum positiven Ergebnis geführten Aktivitäten des **BSBD** sollen aber nicht außer Acht lassen, dass auch die **vielen vor Ort durch unsere Mandatsträger erbrachten Leistungen** letztendlich zum Ansehen und Erfolg unserer gemeinsamen Gewerkschaftsarbeit geführt haben. Dies zeigte sich im zu Ende gehenden Jahr auch deutlich in einem **Mitgliederzuwachs**, der uns die Bestätigung gibt, dass der **BSBD** in der Tat die maßgebliche Gewerkschaft im Strafvollzug und damit auch der kompetente Ansprechpartner nicht nur für die Politik, sondern auch für die Medien allerorts ist.

Zum Jahreswechsel wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

Ihr  
Klaus Jäkel

Gesetzgebungsverfahren eingeleitet

## Ein Vollzugsamt erklärtes Ziel der Landesregierung

*Verwaltungsmodernisierung, Straffung der Entscheidungswege, Einsparung von Personal und Bündelung der personellen Ressourcen sollen mit der Verschmelzung der beiden vorhandenen Vollzugsämter in Hamm und Köln zu einem Landesjustizvollzugsamt in Wuppertal bezweckt werden. Bislang ist das Ministerium den Nachweis schuldig geblieben, dass diese hehren Ziele mit ihrem Gesetzentwurf tatsächlich erreicht werden können. Betroffene und Vollzugsexperten sind skeptisch. Für sie kommt das Gesetzgebungsverfahren mindestens vier Jahre zu früh. Die Vollzugsverwaltung befindet sich im Umbruch und in einer Modernisierungsphase, die durch die Vollzugsämter gelenkt, begleitet und gesteuert werden sollte. Jetzt über die Verschmelzung der Ämter zu diskutieren, womöglich ein neues Amt zu schaffen, würde den Modernisierungsprozess praktisch zum Erliegen bringen. In dieser Situation hat der Justizminister das Gesetz über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamts eingebracht. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Gesetzgebungsverfahrens für den gesamten Bereich des Vollzuges geben wir nachstehend die Reden der ersten Lesung im Wortlaut wieder.*

### Landtagspräsident Ulrich Schmidt:

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs erteile ich dem Herrn Justizminister Dieckmann das Wort.

**Jochen Dieckmann**, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung



*Justizminister Jochen Dieckmann sieht in einem zentralen Landesjustizvollzugsamt einen wichtigen Schritt der Verwaltungsmodernisierung und der Organisationsentwicklung.*

bringe ich den Gesetzentwurf über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamts ein. Der Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer längeren, sehr intensiven Diskussion innerhalb des gesamten Justizvollzugs in Nordrhein-Westfalen. Er fügt sich in die Bemühungen ein, auch im Bereich der Justiz die Grundsätze der Verwaltungsmodernisierung zur Geltung zu bringen. Wir sind hier sehr weit fortge-

schritten, und dementsprechend beherzigt auch der Gesetzentwurf unsere Kernziele. Er enthält Elemente der Aufgabenkritik und der Delegation – so, wie die Justiz insgesamt gekennzeichnet ist durch einen Prozess der Delegation vom Justizministerium auf die Mittelbehörden und von dort auf die örtlichen Behörden.

Das Ganze ist eingebettet in eine Organisationsentwicklung, die darauf abzielt, der jeweils unteren Ebene mehr Eigenverantwortung als bisher zu geben. Von daher hat der Gesetzentwurf gute Aussichten, einen wirksamen Beitrag zu leisten.

Nach der Beratung, die wir gestern über den Einzelplan 04 geführt haben, bedarf es nicht mehr großer prognostischer Kraft, um anzunehmen, dass alsbald der CDU-Abgeordnete Biesenbach hier in der ihm eigenen kräftigen Sprache das apokalyptische Bild malen wird, wie dieser Gesetzentwurf den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen bedroht.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie beruhigen: Das Gegenteil ist der Fall. Dieser Gesetzentwurf stärkt den Strafvollzug in unserem Lande. Deshalb gibt es an der gesamten Basis des Strafvollzugs eine sehr deutliche Zustimmung. Das sollte den Landtag ermutigen, diesen Gesetzentwurf nach der gehörigen Beratung im Rechtsausschuss zu beschließen.

Die vorangegangenen Diskussionen waren – das habe ich gesagt – sehr ausführlich. Sie haben u. a. dazu geführt, dass wir uns in einem ergebnisoffe-

nen Prozess, was den Standort des neuen Amtes angeht, für Wuppertal wegen seiner Zentralität entschieden haben. Wuppertal ist bereits ein anerkannter Standort des Justizvollzugs. Wuppertal wurde aber auch wegen seiner erkennbar besseren Erreichbarkeit für den Öffentlichen Nahverkehr und den Privatverkehr ausgewählt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht – anders als die anderen Bundesländer – eine leistungsfähige Mittelbehörde auch im Strafvollzug. Schaffen wir die Grundlage für eine solche leistungsstarke Mittelbehörde in diesem Gesetzentwurf! Ich freue mich auf die Beratungen im Rechtsausschuss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Justizminister. – Herr Kollege Körfges, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich soeben voll Furcht gesehen habe, dass Kollege Biesenbach während der letzten Wortbeiträge wie ein Weltmeister geschrieben hat, will ich versuchen, das hier in der nötigen Kürze von maximal zwei Minuten über die Bühne zu bringen. Ich denke, wir werden im Rechtsausschuss eine Menge Gelegenheit haben, uns zu den streitigen Themen zu dieser Frage auseinanderzusetzen.



*MdL Hans-Willi Körfges (SPD) unterstützt das Vorhaben der Landesregierung.*

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Landtagsfraktion begrüßen die Absicht der Regierung, auch im Bereich der Justiz Verwaltungsmodernisierung voranzutreiben.

Die Alternative zu dem, was im Regierungsentwurf vorgeschlagen ist, wäre: Es bleibt alles beim Alten. Wir stampfen die gesamte Mittelbehörde ein, oder aber wir machen eine einheitliche Mittelbehörde.

Wir gehen davon aus, dass die Möglichkeit, die einheitliche Mittelbehörde für Nordrhein-Westfalen zu schaffen, trotz aller Bedenken – auch von Seiten des Personals, auf die wir sicher in den Beratungen noch eingehen werden – die sinnvollere Alternative ist.

Ich denke, auch die Standortfrage muss uns in der Sache nicht kopfscheu machen. Sicher gibt es auch für andere Standorte in Nordrhein-Westfalen gute Gründe. Aber das, was zu Wuppertal vorgetragen worden ist, muss erst einmal für andere Standorte überprüft werden. Ich glaube, es spricht vieles für den Standort Wuppertal. Wir werden uns aber natürlich auch in der Frage mit den Personalvertreterinnen und Personalvertretern unterhalten.

Die Zusammenlegung kommt insbesondere durch die Synergien der Justiz in Nordrhein-Westfalen insgesamt zugute. Wir brauchen keine Wasserköpfe. Wir brauchen da einen Vollzug, wo es notwendig ist, an der Basis. Es geht um zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitskräfte. Dem trägt der Entwurf Rechnung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Körfges. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Biesenbach das Wort.

(Johannes Remmel (GRÜNE): Jetzt sind wir aber gespannt!)

**Peter Biesenbach (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Ich bin es nicht gewohnt und hatte auch nicht erwartet, freitags beim letzten Tagesordnungspunkt diese Diskussion he-

raufbeschwören zu können. Herr Minister, Sie haben gestern sehr nett gefragt: Wie ist die Nähe zur Wirklichkeit? – Das würde ich jetzt gerne zurückgeben. Wir werden abwarten, wie sich das entwickelt. Herr Körfges, wenn Sie sagen, Sie sagen lieber wenig dazu, so kann ich das verstehen. Be-



**MdL Peter Biesenbach (CDU) kritisierte die Landesregierung, sie bringe den Vollzug durch Zerschlagung des Verwaltungsaufbaus zur Unzeit in eine ausgewogene Situation und trage damit zur Destabilisierung und Effizienzminderung bei.**

zeichnend ist ja auch, dass heute Sie diese Stellungnahme abgegeben haben und nicht Kollege Sichau. Denn dem könnten wir entgegenhalten, was er vor wenigen Jahren gesagt hat. Daran hat sich in der Sache überhaupt nichts geändert.

Was von dieser Vorlage zu halten ist, habe ich bereits gestern gesagt. Wegen der Kürze der Zeit nur wenige Wiederholungen. Die Vorlage ist unausgereift, und sie ist inhaltlich und sachlich teilweise schlicht falsch. Wir werden, wenn das hier noch einmal im Parlament zu diskutieren ist, mehr Zeit haben, um das deutlich zu machen. Das gilt auch für die entsprechende Diskussion im Ausschuss.

Aber an einigen Ecken lässt sich deutlich machen, warum ich diese These heute so stark vertreten kann. Wir lesen im Gesetzentwurf unter Punkt A – Problem –:

„Im nordrhein-westfälischen Justizvollzug ist die derzeitige Struktur mit zwei Mittelbehörden in Köln und in Hamm auch unter Berücksichtigung des weit fortgeschrittenen Organi-

sationsentwicklungsprozesses überholt.“

Aus Expertenkreisen, Herr Minister, folgt Ihnen bei dieser Ansicht niemand freiwillig. Sachkenner bezeichnen die Vorlage inhaltlich teilweise als Frechheit. Selbst der auserkorene Präsident des neuen Amtes distanziert sich zum jetzigen Zeitpunkt deutlich von Ihrem Vorhaben.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Ich darf aus einem Schreiben von Herrn Hübner, dem Präsidenten des Justizvollzugsamtes Westfalen-Lippe vom 30. November 2001 an Sie zitieren:

„Insbesondere die Erwartung, dass das neue Amt als aufsuchende Behörde eine weitaus intensivere Betreuung und Beratung der nachgeordneten Justizvollzugseinrichtungen vor Ort als bisher übernehmen soll, wurde von den Bediensteten kritisch hinterfragt.“

(Justizminister Jochen Dieckmann: Den eigenen!)

Die Mitarbeiter des jetzigen Justizvollzugsamtes, die weiter mitmachen sollen, hinterfragen kritisch.

In diesem Schreiben heißt es weiter:

„Dieses in der vorgesehenen Aufbauorganisation bereits umgesetzte Reformziel wird von den zukünftigen Mitarbeitern des neuen Amtes zwar grundsätzlich eindeutig unterstützt, die für seine Umsetzung vorgesehenen Rahmenbedingungen werden aber ... als unzureichend erlebt.“

Ich zitiere weiter:

„Die neue Aufgabe der Mittelbehörde hätte wegen der damit verbundenen größeren Ortsnähe eine eher noch stärkere Dezentralisierung der Vollzugsorganisation als bisher nahegelegt.“

Wer dieses Schreiben wenige Tage vor der Diskussion in diesem Parlament erhält und das von demjenigen, der auserkoren ist, der neue Chef dieser Behörde zu werden, muss sich fragen: Wie groß müssen die Sorgen all derjenigen sein, die sich nicht trauen, den Mund aufzumachen?

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU)

Hochrangige Fachkenner – wir werden sie zu hören bekom-

men – sagen simpel: Mit der Zusammenlegung zum jetzigen Zeitpunkt wird der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen um drei Jahre zurückgeworfen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Bestätigt wird das durch die von Ihnen selbst, Herr Minister, im Juni 1999 eingesetzte ministerielle Arbeitsgruppe Vollzugsämter.

In der Niederschrift der Arbeitsgruppe vom 4. August 1999 wird festgehalten:

„Eine solche Aufgabe zu bewältigen, ist angesichts der vielgestaltigen Vollzugsorganisation in Nordrhein-Westfalen mit 38 Justizvollzugsanstalten zurzeit von fast 19.000 Gefangenen“

- jährlich durchlaufen allerdings ca. 50.000 Gefangene die Anstalten -

„und über 8.000 Bediensteten von einer Mittelbehörde aus sehr schwer.“

Ohne deutlich Personalverstärkung – Sie wollen eine Kürzung – würde es bei mehreren schwerwiegenden Ereignissen in beiden Landesteilen zwangsläufig zu einer Zersplitterung der Ressourcen einer zentralen Mittelbehörde kommen. Dieser Zustand, den Sie wollen, würde zu einer Schwächung der Effizienz des Vollzuges führen, der besonders in Krisenzeiten schwer wiegt.

Sie haben eben deutlich gemacht, Sie wollten dem durch mehr Eigenverantwortung auf der unteren Ebene entgegenkommen.

Dazu hat sich diese Kommission geäußert und sie kommt zu dem Ergebnis, dass die untere Ebene erst in die Lage versetzt werden muss. Sie muss qualifiziert werden. Das kann in den nächsten fünf bis sechs Jahren geschehen. Die Arbeitsgruppe hat vorgeschlagen, 2005/2006 erneut zu überprüfen, ob die Zeit reif ist für die Zusammenlegung.

Mit diesen Gründen haben Sie 1996, als die CDU die Zusammenlegung infolge des Kienbaum-Gutachtens wollte, abgelehnt.

(Justizminister Jochen Dieckmann: Aha!)

- Sie kennen die Gründe. – Diese Gründe haben auch 1999 dazu geführt, dass die Zusammenlegung abgewiesen wurde. Es hieß, wir prüfen 2006 neu.

(Zuruf von Johannes Remmel (GRÜNE))

- Herr Remmel, daran hat sich nichts geändert, und es gibt keinen sachlichen Grund für die Zusammenlegung. Das Hobby des Herrn Vesper, gestern ausgedrückt, ist es, sich alleine durchgesetzt zu haben.

(Lachen von Justizminister Jochen Dieckmann)

Herr Minister, wir hätten uns gewünscht, Sie hätten sich dagegen wesentlich stärker gewehrt.

(Beifall bei der CDU)

Ich wurde von Fraktionsmitgliedern gefragt, ob ich ein Ohr am Kabinetttisch hätte. Auf meine Rückfrage, ob die Aussagen falsch sind, wurde beredt geschwiegen. Erzählen Sie uns doch hier keine Märchen! Die Gründe gelten weiter. In drei bis vier Jahren wird auch die CDU gerne bereit sein, diese Frage zu diskutieren.

Heute sagen 50 % der betroffenen Anstalten: Wir sind noch nicht so weit, wir brauchen stärkere Begleitung. Wer diese Begleitung nicht gibt, wer dem Hobby des Herrn Vesper folgt, gefährdet den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen. Deswegen werden wir im Rechtsausschuss und im Plenum mit Experten diese Frage intensiv diskutieren und die Schwächen entsprechend aufdecken. Wir können uns auf die nächste Debatte freuen. Dann werden wir auch Zeit genug haben, all die Fragen zu diskutieren.

(Beifall bei CDU und FDP – Brigitte Speth (SPD):

Wir haben Zeit genug!)

**Präsident Ulrich Schmidt:**

Vielen Dank, Herr Biesenbach. – Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Söffing das Wort.

(Justizminister Jochen Dieckmann. Jetzt wird es seriös)

**Jan Söffing (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die grundlegende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bildet nach Übereinstimmung der großen politischen Parteien in Bund und Ländern eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Blickt man aber auf entsprechende Bemühungen der Gebietskörperschaften, wird das Missverhältnis von Ankündigung und Ertrag deutlich. Die Grund-

übel des Wachstums, der Verflechtung und der Spezialisierung des öffentlichen Sektors haben auch in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung ihren Niederschlag gefunden.

Diese Feststellungen, meine Damen und Herren, stammen aus dem Gutachten von Prof. Hesse zur Regierungs- und Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen.

Der heute vorgelegte Gesetzentwurf ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die Richtung, die wir einschlagen müssen. Wir müssen zu einer Verschlinkung der Verwaltung kommen. Hierbei unterstützen wir Sie als FDP-Landtagsfraktion. Daran soll kein Zweifel aufkommen. Dies vorweg geschickt.

Zu den Inhalten: Richtig ist, dass die strategisch-politische Planung im Ministerium angesiedelt ist, aber auch nur die strategisch-politische Planung. Das operative Geschäft gehört, wie es in der Vergangenheit war, in die Vollzugsämter und wird die zentrale Aufgabe sein, die demnächst ein einheitliches Vollzugsamt



**MdL Jan Söffing (FDP) signalisierte Verständnis für die Schaffung eines Landesjustizvollzugsamtes, bezweifelte jedoch gleichzeitig die Erreichbarkeit der avisierten Synergieeffekte durch frei werdende Kapazitäten.**

– wenn es dazu kommt – wird wahrnehmen müssen. Dieses einheitliche Vollzugsamt wird dann mit dem operativen Geschäft betraut, auch als Dienstleister für den nachgeordneten Bereich.

Es ist wichtig, dass heute von hier die Botschaft ausgeht, dass es bei der einheitlichen Mittelbehörde bleibt; denn das war die große Sorge der Bediensteten bei den Gesprächen

gewesen, die wir in der Vergangenheit geführt hatten.

Wenn es in diese Richtung geht, wird ein einheitliches Landesjustizvollzugsamt unsere Unterstützung haben. Hierbei geht es darum, Verantwortung in den nachgeordneten Bereich zu delegieren, vor Ort, wo sie hingehört.

Ob aber durch die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter wirklich – wie es im Gesetzentwurf erwähnt ist – Synergieeffekte durch freiwerdende Kapazitäten, die dem Justizvollzug an anderer Stelle zukommen sollen, entstehen, vermag ich derzeit noch nicht abschließend zu beurteilen. Diese Frage werden wir sicherlich anhand der geplanten Organisationsstruktur der neuen Behörde im Rechtsausschuss eingehend diskutieren. Dem Überweisungsantrag stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Söffing. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Haussmann das Wort.

**Sybille Haussmann (GRÜNE):** Guten Abend, Herr Präsident! Guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, die noch hier sind! Damit komme ich gleich zu meiner ersten Vorbemerkung. Herr Biesenbach hat gestern beklagt, dass dieser Tagesordnungspunkt für die Regierungskoalition so unwichtig sei, dass er hier so spät behandelt wird. Ich muss aber feststellen, dass in Ihrer Fraktion dieser Tagesordnungspunkt auch nicht besonders wichtig genommen wird; sonst säßen hier vielleicht ein paar mehr als diese 10 oder 12 Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der FDP – Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht bitte noch zwei Minuten Aufmerksamkeit auch für meine Rede.

Die beiden nordrhein-westfälischen Justizvollzugsämter haben sich in den vergangenen Jahren einem enormen Wandlungsprozess unterzogen. Sie haben sich von einer verfallenden Behörde zu einem Dienstleister für die Justizvollzugsanstalten im Lande entwickelt. Und nun kommt der nächste konsequente Schritt in diesem Prozess.



**MdL Sybille Haussmann (Bündnis '90/Die Grünen) sieht in der Verschmelzung der beiden Vollzugsämter zu einer Behörde mit landesweiter Zuständigkeit einen konsequenten Schritt des eingeleiteten Wandlungsprozesses.**

Bürokratie abbauen ist seit jeher zentrales grünes Anliegen.

(Lachen bei der CDU)

Die Zusammenlegung der Justizvollzugsämter soll das Verwaltungshandeln in der Justiz effizienter gestalten und Personalressourcen dorthin verteilen, wo sie tatsächlich gebraucht werden, nämlich bei den Justizvollzugsanstalten.

In vielen Gesprächen mit Personalvertretern sind uns immer wieder die gleichen Argumente entgegengehalten worden, die gegen ein einzelnes Justizvollzugsamt sprechen sollten: zu weite Anfahrtswege, zu wenig Kontakt zu den Anstalten, zu wenig Personal, um

Beratungsaufgaben gegenüber den Anstaltsleitern wahrzunehmen usw.. Diese Argumente sind aber nur dann stichhaltig, wenn man von den alten Führungsstrukturen ausgeht, wo jeder erst einmal ins Amt fährt, seine Post durchguckt und sich dann in die jeweilige Vollzugsanstalt aufmacht. Wenn man mit modernen Personalmanagementmethoden – mit Telearbeit, mit den Möglichkeiten, von zu Hause aus die Anstalten aufzusuchen, die in der Nähe des Wohnorts liegen – an die Sache herangeht, dann sieht das schon sehr viel anders aus.

Meine Damen und Herren, genau diese modernen Personalmanagementbereiche sind in vielen Verwaltungen schon eingeführt, sind in modernen Wirtschaftsbetrieben gang und gäbe, und ich wünsche mir das auch für das Justizvollzugsamt im Land Nordrhein-Westfalen.

Der Justizminister ist hier einen mutigen Schritt gegangen. Die grüne Landtagsfraktion unterstützt ihn darin. Aber wir erwarten von ihm auch die notwendigen Reformschritte im Personalmanagement und in der Personalführung und gegebenenfalls auch im Reisekostengesetz. Nur so können die vorgesehenen Einspareffekte erzielt werden, ohne die Qualität der Arbeit der Justizvollzugsämter zu schmälern. Ich bin gespannt, wie die Diskussion im Ausschuss weiter-



**Das Gebäude des ehemaligen Amtsgerichts an der Wuppertaler Sedanstraße soll künftig das Domizil für ein zentrales Landesjustizvollzugsamt werden.**



Rückansicht des alten Amtsgerichtsgebäudes mit ehemaligem Gefängnis (li.).

geht, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten von der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Haussmann – Der Herr Justizminister hat sich noch zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren, es lohnt sich immer, etwas Zeit aufzubewahren, damit man gewisse Einlassungen von Herrn Biesenbach korrigieren kann. Er war ja erkennbar unter Druck. Aber das ist keine Rechtfertigung, wichtige Informationen vorzuenthalten. In dem Brief, den Sie zitieren, lieber Herr Abgeordneter Biesenbach, berichtet der Präsident des Landesvollzugsamtes Westfalen-Lippe über Stimmung und Ergebnisse einer Personalversammlung im Amt. Das ist keine Identifizierung, die der Präsident da vornimmt. Das Gegenteil ist der Fall.

Lassen Sie mich in aller Kürze sagen, damit Sie jetzt nicht mutmaßen müssen, was am Kabinettstisch besprochen wird – ich habe den Eindruck, dass Ihr Ohr da noch entwicklungsbedürftig ist –, dass der Kollege Vesper in keiner Weise Einfluss darauf genommen hat.

Der entscheidende Punkt – und deshalb ist es mir sehr lieb, dass Sie 1996 erwähnt haben –: Das Thema ist sehr alt, und wir müssen jetzt Klarheit darüber schaffen. Ich habe mich davon überzeugt – mit der deutlichen Mehrheit der

Praxis –, dass seit 1999 erhebliche Fortschritte in der Organisationsentwicklung gemacht worden sind. Deshalb ist das jetzt der richtige Zeitpunkt.

Ich bemühe mich, relativ viel in den Justizvollzugsanstalten herumzukommen. Ich habe in weniger als drei Jahren die Mehrheit der Vollzugsanstalten schon besucht und habe noch keinen örtlichen Personalrat gefunden, der es nicht begrüßt hätte, als ich gesagt habe: Wir denken darüber nach, die Vollzugsämter zusammenzulegen. Es gibt eine deutliche Stimmung. Lassen Sie sich nicht nur von den Berufsorganisationen unterrichten, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, sondern hören Sie auf die Praktikerinnen und Praktiker, die Männer und Frauen, die unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen, aber mit großem Engagement dafür sorgen, dass wir auch diesen Teil der inneren Sicherheit gut darstellen können.

Ich glaube, wir leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass hier Personalkraft frei wird. Das werde ich Ihnen im Rechtsausschuss im Einzelnen vorrechnen. Das kommt dann der alltäglichen Arbeit in den Vollzugsanstalten unseres Landes zugute.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Justizminister, ich wollte Sie gerade fragen, ob Sie eine Zwischenfrage beantworten. Aber vielleicht beantworten Sie noch eine Endfrage von Herrn Biesenbach. Ich wollte Sie nicht unterbrechen.

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Eine Nachfrage, weil

Sie es sind; aber den Ärger bekommen Sie mit dem Plenum.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Also die Endfrage. Sie haben ja auch noch eine Minute. Bitte schön.

**Peter Biesenbach (CDU):** Herr Minister, einverstanden, dass die Zitate von Mitarbeitern des Justizvollzugsamtes waren. Das ist die Praxis für uns. Stimmen Sie mir denn zu, dass auf der Seite 3 dieses Briefes steht: „Dieses Vorbringen der Mitarbeiter wird von mir grundsätzlich unterstützt“? – Und das ist von Herrn Hübner.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Minister!

**Jochen Dieckmann, Justizminister:** Das mag so sein. Für mich ist das entscheidend, was mir der Präsident unmittelbar erklärt. Grundsätzlich ist das ein Prüfstand. Ich habe Ihnen schon bei früheren Diskussionen, Herr Biesenbach, gesagt: Messen wir den Vorschlag an dem, was er für die

Praxis bedeutet. Ich bin sicher, dass er alle diese Fragen besteht.

Wir haben uns diese Fragen selber gestellt, wir haben sie nach gründlicher Prüfung rundherum positiv beantwortet, und ich bin sicher, dass das auch das Ergebnis der Beratungen im Rechtsausschuss sein wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Bei der anschließenden Abstimmung beschloss der Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf zur Beratung an den Rechtsausschuss zu überweisen. Dem Vernehmen nach soll seitens der CDU-Fraktion die Durchführung einer öffentlichen Expertenanhörung erwogen werden. Die Entscheidung, ob eine Expertenanhörung zur Grundlage der Beratungen im Rechtsausschuss gemacht werden soll, wird am 30. Januar 2002 fallen.**



Eine erhaltenswerte Fassade allein ist kein ausreichender Grund für eine Standortwahl, die durch die Betroffenen scharf kritisiert wird.

## Kleine Weisheiten

*Die Anzahl unserer Neider bestätigt unsere Fähigkeiten.*  
Oskar Wilde, engl. Schriftsteller, 1854 – 1900

\*

*Exklusivität ist ein Charakteristikum, das den Neureichen, der High-Society und dem Stinktiefen eigen ist.*

Austin O'Malley, amerik. Schriftsteller, 1914 – 1974

\*

*Beleidigungen sind die Argumente jener, die über keine Argumente verfügen.*

Jean-Jacques Rousseau, fr. Philosoph, 1712 – 1778

\*

*Wenn man zwei Stunden mit einem netten Mädchen zusammensitzt, meint man, es wäre eine Minute. Sitzt man jedoch eine Minute auf einem heißen Ofen, meint man, es wären zwei Stunden. Das ist Relativität.*

Albert Einstein, dt. Physiker, 1879-1955

## Destabilisierung des Strafvollzuges droht – Innere Sicherheit gefährdet!

von Wilhelm Bokermann

Mit Erlass vom 29. November 2001 (II. 7 – 02.01.05.02) hat Ministerpräsident Wolfgang Clement dem Präsidenten des Landtags den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsamtsgesetz – LJVAG) zur Beschlussfassung durch den Landtag zugeleitet. Was bringt dieses Gesetz dem Vollzug, den Kolleginnen und Kollegen sowie dem Steuerzahler? Den Fragen soll aus der Sicht der Beteiligten und Betroffenen nachgegangen werden.

### Aussagen der Landesregierung

Zur Begründung für diesen nunmehr im zweiten (!) Anlauf eingebrachten Gesetzentwurf, das Kabinett hatte bereits am 15. Juni 1999 aufgrund einer Vorlage des Justizministeriums vom 2. Juni 1999 einen entsprechenden Vorstoß unter Federführung des damals gerade drei Monate im Amt befindlichen Justizministers **Jochen Dieckmann** unternommen, wird u.a. ausgeführt, dass „die derzeitige Struktur mit zwei Mittelbehörden in Köln und Hamm auch unter Berücksichtigung des weit fortgeschrittenen Organisationsentwicklungsprozesses überholt“ sei.

Die neue Mittelinstanz mit Sitz in Wuppertal soll nach Auffassung des federführenden Justizministeriums „Sach- und Fachkompetenzen bündeln, Entscheidungsprozesse verkürzen und Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf verringern“, einhergehend mit der Schaffung landesweit einheitlicher Maßstäbe und Sicherstellung einer einheitlichen Entscheidungspraxis. „Die durch Synergieeffekte frei

werdenden Kapazitäten sollen dem nordrhein-westfälischen Justizvollzug an anderer Stelle zugute kommen“.

Die Kosten für dieses Vorhaben? Laut Landtagsdrucksache 13/1846 vom 12. Dezember 2001 verursacht die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter zu einer zentralen Mittelbehörde **keine** zusätzlichen Kosten.

Natürlich hat das für dieses Vorhaben verantwortliche Justizministerium auch an Alternativen gedacht, zumindest an eine, nämlich die völlige Abschaffung der Mittelinstanz im Strafvollzug des Landes NRW.

Ein solches Vorgehen mache jedoch die Verlagerung der Koordinierungs- und Betreuungsaufgaben und die weit verzweigte Infrastruktur für die gesamten 38 Vollzugseinrichtungen und 5 Jugendarrestanstalten sowie die Zahl von ca. 8.500 Beschäftigten in das Justizministerium erforderlich, was aber im Widerspruch zu den Grundprinzipien der Verwaltungsmodernisierung stünde.

### Erkenntnisse der 99er Arbeitsgruppe „Vollzugsämter“

Bereits in ihrem Abschlussbericht vom 4. August 1999 hat die Arbeitsgruppe „Vollzugsämter“, der neben dem Abteilungsleiter IV (Strafvollzug) u.a. auch die Präsidenten der beiden Vollzugsämter Westfalen-Lippe und Rheinland angehörten, festgestellt, dass eine Zusammenlegung (beider Vollzugsämter) in absehbarer Zeit eine erhebliche Beeinträchtigung des Organisationsentwicklungsprozesses – wenn nicht gar dessen Stillstand – zur Folge hätte. „Es steht insbesondere zu befürchten“, so stellten die Voll-

zugspraktiker damals bereits fest, „dass der Vorgang der Anabelung der Anstalten von den Justizvollzugsämtern im Rahmen der fortschreitenden Flexibilisierung und Budgetierung Schaden nimmt, weil bei einer kurzfristig (etwa 1-2 Jahre) zu vollziehenden Fusion der Ämter die Energien der Mitarbeiter der beiden Behörden in ihrer Funktion als 'Trainee' im Umgestaltungsprozess der Anstalten beeinträchtigt und auf jenen Prozess der fusionsbedingten Selbst-Reorganisation umgelenkt und gebunden würden. Es spricht deshalb



Wilhelm Bokermann

viel dafür, zumindest bis zum Abschluss dieses Prozesses, an dessen Ende in mehreren

### Einschätzungen der Vollzugspraxis

Justizminister **Jochen Dieckmann**, der sich gern mit den Attributen des Verwaltungsmodernisierers schmückt und dabei die „lernende“ Verwaltung häufig ins Feld führt, zeigt offenkundig wenig Bereitschaft, sich am Machbaren orientieren und/oder aus Fehlern lernen zu wollen.

So hat bis heute die Delegation von Personalangelegenheiten auf die unteren Ebenen u.a. deshalb **nicht** erfolgen können, weil es gerade die Vollzugsanstalten sind, bei denen ein erheblicher Personalabbau im Bereich der Verwaltungen stattgefunden hat und noch immer stattfindet (Erwirtschaftung von kw-Vermerken nach Maßgabe des umstrittenen Kienbaum-Gutachtens von 1994). Das zuvor Gesagte gilt gleichermaßen für die Delegation von Aufgaben aus den Bereichen Haushalts- und Beschaffungswesen. Die Einbeziehung von Kräften des ohnehin überlasteten allgemeinen

Jahren flächendeckend ein wirksames Verwaltungscontrolling, dezentrale Strukturen der Ressourcenverantwortung einschließlich Budgetierung aufgebaut sein werden, die Zusammenlegung der beiden Justizvollzugsämter zurückzustellen.“ Dabei bestand unter den Vollzugsinsidern Einigkeit darüber, dass dieser Zeitpunkt frühestens 2005/2006 erreicht sein könne.

Auch sollte nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe die Delegation in Personalangelegenheiten bereits im Jahre 2000 (!) abgeschlossen sein, einhergehend mit der Feststellung, dass die Erweiterung der Zuständigkeiten der Justizvollzugsanstalten insoweit über einen längeren Zeitraum, und zwar über 2000 hinaus, der fachlichen Begleitung und Beratung bedürfe.

Große Sorge bereitet den Vollzugspraktikern die Gefahr einer Zersplitterung der Ressourcen einer zentralen Mittelbehörde bei mehreren schwerwiegenden vollzuglichen Ereignissen, wie das gerade 1999 mehrfach der Fall war. Eine solche Situation führe zwangsläufig zu einer Schwächung der Effizienz des Vollzuges, was besonders in Krisenzeiten schwer wiege.

Vollzugsdienstes in die Erledigung von Verwaltungsaufgaben ist die leider logische Konsequenz in vielen Vollzugsanstalten des Landes. Folglich wird Arbeitskraft aus dem Behandlungsbereich mit allen negativen Folgen für die Effizienz des Vollzuges gebunden. Dass die Schaffung eines zentralen Landesjustizvollzugsamtes bei schwerwiegenden vollzuglichen Ereignissen in beiden Landesteilen zu einer Zersplitterung der Ressourcen eben dieser zentralen Mittelbehörde führen wird, hat bereits der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, MdL **Frank Sichau**, im zurückliegenden Jahr erkannt und zur Abwendung solcher Risiken alternativ die Einrichtung zweier vollzuglicher Dependancen empfohlen. Auch, um eine möglichst zeitnahe und sachgerechte – die Verhältnisse vor Ort berücksichtigende – Bearbeitung von Eingaben der Gefangenen und



dergleichen gewährleisten zu können.

Und nun zur Kostenfrage! Nach vorliegenden Informationen belaufen sich allein die Umbaukosten für das Wuppertaler Gerichtsgebäude an der Sedanstraße einschließlich des vormaligen Gerichtsgefängnisses auf rd. **13,5 Mio. EUR**. Von den Haushaltsmitteln für die absehbare Gewähr-

ung von Reisekosten und Auslagenersatz für das Zurücklegen weiterer Wegstrecken der betroffenen Beschäftigten ganz zu schweigen. Trotz des noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahrens wird die Planung für diese Umbaumaßnahme durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) mit Hochdruck weitergeführt.

## Befürchtungen der Betroffenen

Die Beschäftigten der noch zwei Mittelbehörden sehen sich ebenso wie die der Vollzugsanstalten zum Teil kaum lösbaren Problemstellungen gegenüber. Wie sollen sie – ohne dass die Rahmenbedingungen dafür erfüllt sind – aus der Funktion des neuen Amtes stärker als bisher als „aufsuchende“ Behörde eine weitaus intensivere Betreuung und Beratung der nachgeordneten Vollzugsanstalten vor Ort übernehmen? Zutreffend gehen die Beschäftigten der bei-

den Mittelbehörden von der Erkenntnis aus, dass die neuen Aufgaben der Landesmittelbehörde, die eine weitaus größere Ortsnähe erfordern, eher eine **stärkere Dezentralisierung der Vollzugsorganisation als bisher erforderlich würden!** Ganz abgesehen von den mit dem neuen Standort Wuppertal zu erwartenden realen Zeit- und damit auch Einkommensverlusten, insbesondere für die Beschäftigten der bisherigen Hammer Mittelbehörden.

## Manipulationsgröße Personal?

Was die Mär von dem durch Zusammenlegung einzusparenden Personal sowie dessen Verwendung angeht, sträuben sich Insidern sprichwörtlich die Haare.

Um dem Gesetzgeber ein personelles Einsparpotenzial vorzeigen zu können, ist beabsichtigt, ganze Bereiche – wie z.B. ADV, kriminologischer Dienst – aus den Ämtern in die Vollzugsanstalten, z.B. in den Dienstwohnungsbereich der JVA Köln, auszugliedern, damit das Zahlen-spiel passt.

Aus dem Justizministerium war zu diesen Rechenkünsten ergänzend zu vernehmen, dass, wenn der Minister das Landesjustizvollzugsamt mit nur 70 Beschäftigten ausgestattet wissen wolle, auch dafür eine passende Berechnung vorgenommen werden könne. Aus einem Vollzugsamt war im übrigen zu hören, dass den Wünschen der Beschäftigten,

die um eine Versetzung an eine Justizvollzugsanstalt gebeten haben, zwar grundsätzlich entsprochen worden ist, indes mit der Maßgabe, sofort wieder nach dort abgeordnet zu werden, „da der Laden dort sonst nicht laufen könne“. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

**Bleibt zu wünschen, dass die Damen und Herren Abgeordneten des Landtages NRW, die seitens der Gewerkschaft Strafvollzug bereits durch das an den Landtagspräsidenten gerichtete Schreiben vom 28. August 2001 umfassend unterrichtet worden sind, das Vorhaben der Landesregierung einer kritischen Prüfung zu führen; andernfalls ist eine Destabilisierung des Strafvollzuges als Folge übereilter Schritte zu befürchten, verbunden mit entsprechenden negativen Auswirkungen für die Innere Sicherheit unseres Landes!**

## Wilhelm Bokermann in den Ruhestand verabschiedet

### Die Zeit schlägt jeden!

*Am 19. Dezember 2001 hatte sich eine illustre Gesellschaft in der JVA Bielefeld-Senne versammelt, um Wilhelm Bokermann in den verdienten Ruhestand zu verabschieden. Wenige Wochen nach der Niederlegung des BSBD-Landesvorsitzes schied der Gewerkschafter aus Gesundheitsgründen auch aus dem aktiven Berufsleben aus. Nach fast 25-jährigem Wirken als Verwaltungsleiter und annähernd sieben Jahren an der Spitze des BSBD-Landesverbandes fiel Bokermann der Abschied von den Kolleginnen und Kollegen, Freunden und Wegbegleitern sichtlich schwer. „Im Laufe der Zeit haben sich Vertrautheit, Verbundenheit und Freundschaft entwickelt, das schüttelt man nicht von einem Tag auf den anderen ab“, sprach Wehmut aus den Abschiedsworten Bokermanns.*

**Klaus Hübner**, Präsident des Justizvollzugsamts Westfalen-Lippe, hatte es sich nicht nehmen lassen, dem scheidenden Beamten persönlich die Urkunde über die Versetzung in den Ruhestand auszuhändigen. Er charakterisierte **Bokermann** als einen Mann des offenen Wortes, mit dem der Meinungsaustausch über vollzugliche Entwicklungen und gewerkschaftliche Vorstellungen erkenntnisreich und fruchtbar gewesen sei. Besonders geschätzt habe er, dass vertrauliche Gesprächsinhalte auch vertraulich behandelt worden seien. **Bokermann**, so **Hübner**, habe sich um den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen verdient gemacht und für dessen Beschäftigte ei-

niges bewegt und bewirkt. „Auch wenn Sie jetzt in den Ruhestand treten, dürften Rastlosigkeit und Inaktivität Fremdwörter für Sie sein. Achten Sie aber mehr auf sich“, war der gut gemeinte Rat des Präsidenten.

Der stellvertretende **BSBD-Landesvorsitzende, Friedrich Sanker**, ließ noch einmal die wichtigsten Erfolge des scheidenden Vollblut-Gewerkschafters Revue passieren. Er erinnerte an die Durchsetzung der Übernahme von 390 geprüften Beamtenanwärtern in ein Probebeamtenverhältnis und an die mit einem großen Kraftakt verhinderte Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben im offenen Vollzug ebenso wie an die Verbesserung der



**Klaus Hübner (re.), Präsident des Justizvollzugsamts Westfalen-Lippe, wünscht Wilhelm Bokermann (li.) einen nicht zu unstillen Ruhestand.**

Besoldungsstrukturen für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes. „Mit diesen für eine kleine Fachgewerkschaft herausragenden Erfolgen ist der Name **Wilhelm Bokermann** untrennbar verbunden“, lobte Sanker seinen Mitkämpfer und Freund. Kennzeichnend für das ehrenamtliche Engagement **Bokermanns** im **BSBD** seien Zielstrebigkeit, Aufrichtigkeit, fachliche Kompetenz

und das hohe Maß an Durchsetzungsfähigkeit, mit dem er gewerkschaftliche Vorstellungen realisiert habe“, würdigte Sanker die großen Verdienste **Bokermanns** um die Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten.

**Klaus Jäkel**, Nachfolger **Bokermanns** im Amt des **BSBD-Landesvorsitzenden**, betonte den lebenswürdigen Charakter des scheidenden Beamten. „Sie waren ein sympathischer Kollege zum Anfassen, der für jeden ein offenes Ohr hatte. Es

nötigt den Kolleginnen und Kollegen Achtung ab, dass Sie ein Mensch wie Du und Ich geliebt sind und auch für die alltäglichen Dinge des Lebens jederzeit ansprechbar waren. Hierfür habe ich im Namen der Kolleginnen und Kollegen der JVA Bielefeld-Senne Dank abzustatten“.

**Reina Blikslager**, stellvertretende Leiterin der JVA Bielefeld-Senne, meinte, **Bokermann** sei mit seinem 25-jährigen beruflichen Wirken als Verwaltungsleiter der größten offenen Vollzugseinrichtung Deutschlands ein Muster an Kontinuität gewesen. „Auch wenn Ihr Wirken für die gewerkschaftlichen Interessen der Strafvollzugsbediensteten größere Bedeutung hat, so waren Sie doch für die JVA Bielefeld ein stabilisierender Faktor, eine nicht hinweg denkbare Größe. Sie haben sich immer ehrlich für die Interessen und Sorgen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt“, betonte **Blikslager** die beruflichen Leistungen des frischgebackenen Pensionärs.

„Wenn ich heute aus gesundheitlichen Gründen Abschied von einer mir lieb gewordenen Aufgabe nehme, dann tue ich das nicht ohne Wehmut. Dass wir in den vergangenen Jahren in der Gewerkschaftsarbeit zahlreiche Erfolge für den Strafvollzug und die Kolleginnen und Kollegen erreichen konnten, ist in erster Linie dem Umstand zu verdanken, dass wir unsere Ziele gemeinsam



Von den engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fällt der Abschied besonders schwer. Von links im Bild: Volker Strohmeier, Wilhelm Bokermann, Sabine Alper und Klaus Jäkel.

verfolgt haben“, meinte Bokermann.

**Den neuen Funktionsin-**

**bern gab er mit auf den Weg, die fachgewerkschaftliche Ausrichtung des BSBD wei-**

## Erweiterung des Funktionen kataloges

Die Verbesserung der Obergrenzen für die Laufbahnen des Werkdienstes und des allgemeinen Vollzugsdienstes wird derzeit in fünf Stufen bis zum Jahr 2004 realisiert. Vor diesem Hintergrund hat der **BSBD** dem Justizministerium die Erweiterung des Funktionskataloges vorgeschlagen. Konkret hat sich der **BSBD** dafür ausgesprochen, u.a. die

Funktionen des Ausbildungsleiters, des DV-Systembetreuers und des Personalsachbearbeiters in den Katalog im Sinne der Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 9 aufzunehmen.

Zwischenzeitlich liegt eine erste ministerielle Stellungnahme vor. Danach soll die Aufnahme der Funktion des Ausbildungsleiters zunächst einer eingehenden Sachprüfung un-

ter zu intensivieren. „Die Berufsgruppenminderheiten, wie sie im Strafvollzug anzu treffen sind, können sich bei der Politik nur dann Gehör verschaffen, wenn ihnen eine eigenständige Organisation zur Verfügung steht, um die Anliegen des Strafvollzuges und die seiner Beschäftigten sachgerecht und fachkompetent zu vertreten.

Meinen Nachfolgern wünsche ich, dass sie die rückhaltlose Unterstützung der Strafvollzugsbediensteten erfahren, damit auch in der Zukunft die Stimme des Strafvollzuges unüberhörbar wahrgenommen wird.

Wenn sich alle diesem Ziel verpflichtet fühlen und bereit sind, hierfür einzutreten und zu streiten, dann wird der **BSBD** auch künftig erfolgreich sein“, ermunterte **Bokermann** die neuen Funktionsträger zur Fortsetzung einer engagierten, sachorientierten Gewerkschaftsarbeit.



Ein Herz und eine Seele im Ruhestand vereint: Präsident a.D. Dr. Klaus Koepsel (li.) und Wilhelm Bokermann.

## Heute schon gelacht?

**Frage:** Wie nennt man einen Juristen mit einem IQ von 80?  
**Antwort:** Euer Ehren!

\*\*\*

Ein Rabbi, ein Hindu und ein Anwalt fahren spät in der Nacht mit dem Auto. Plötzlich streikt der Motor. Sie machen sich auf die Suche nach Hilfe. Nach einiger Zeit erreichen sie einen Bauernhof. Der Bauer öffnet und erklärt, er habe nur zwei freie Betten, der dritte müsse im Stall nächtigen. Nach kurzer Zeit einigen sich die drei, der Rabbi geht in den Stall. Nach zehn Minuten klopft er an der Schlafzimmertür und erklärt: „Ich kann nicht im Stall schlafen. Dort befindet sich ein Schwein. Es ist gegen meine Religion mit einem Schwein in einem Raum zu schlafen“. Nun begibt sich der Hindu in den Stall und kehrt ebenfalls sehr bald zurück. „Da ist eine Kuh im Stall. Ich kann mit einer Kuh nicht im selben Raum schlafen; das ist gegen meine Religion!“

Der Anwalt, der jetzt endlich schlafen möchte, erklärt, dass er in den Stall gehen werde, er habe keine Probleme zusammen mit Tieren zu schlafen. Zwei Minuten nachdem er gegangen ist, geht die Schlafzimmertür wieder auf und das Schwein und Kuh kommen herein...

## Karikaturist ausgezeichnet



**Thomas Möbis** (Foto), der seine gelungenen und aussagekräftigen Karikaturen seit Jahren in „Der Vollzugsdienst“ veröffentlicht, ist Ende vergangenen Jahres durch die Tageszeitung „Rheinische Post“ für eine seiner Arbeiten ausgezeichnet worden. Unter 174 Einsendungen erkannte die aus Fachleuten zusammengesetzte Jury Thomas Möbis den 3. Preis zu. Möbis sieht in seinem Zeichentalent einen sinnvollen, erbaulichen Ausgleich für den beruflichen Alltag.



Mit der preisgekrönten Karikatur beleuchtet Möbis das Phänomen des schnellen Verdrängens und Vergessens von Vorgängen und Ereignissen, die als bedrohlich und angstauslösend empfunden werden. Kollektive Amnesie ist ein Stück Selbstschutz und ermöglicht es dem Menschen, schnell zur Normalität zurückzukehren.

## Glosse

### Tach auch

Justus V. Anonymus



**N**a, wie jehdet? Weihnachten und Sylvester jut überstanden? Zufrieden mitte Jeschenke? Un die juten Vorsätze alle widder ad akta jelecht – Widdervorlare nächstet Jahr?

Ich hatte mir Sylvester vorjenommen, mich nich mehr übber meinen Diensbuchführer ze ärjern. Aber de Vorsatz war Neujahr schon widder futsch, als ich den Dienstplan gesehen hätt. Ich frach ihn: „Wo bliff denn da die Familie und de Rejeneration?“ Sächt de doch jlatt: „Bei de vielen Überstunden, Justus, müs-

sen och unsere 'Kreativen' wieder ran!“ Meine Schwajer Hein hat jetz de neue Steuerungsmo- delle auf Weihnachten anje- wendet. Ers hatter mal ne Zielvereinbarung mit sin

Broder war dat zuers so, dat jeder de Kinder vom andern wat für zwanzisch Mark ze Weihnachten jeschenkt hat. Beim nächstn Weihnachten hamse sich jejenseitig immer zwanzisch Mark für

Apropo Euro: De Franz, de minge andere Schwajer is, hat sin Frau ein Euro-Star- terpack zu Weihnachten je- schenkt. Da jabet dann auch ers mal ein Mitarbei- terjeschpräch.

Bei der letzten Jehaltsab- rechnung wurd mir ers mal en bisken mulmich: Nur noch de Hälfte aufem Konto. Hoffenlich verjessen die nich, die Preise auch zu hal- bieren. Im Zweifelsfall wer- den die sowieso nach oben auferundet. In meine Schtammkneipe kostete dat Jlas Bier vor Weihnachten schon drei Mark zweinneun- zich, nur damit se ab Janu- ar 2 Euro dafür nehmen können. Für die Kellner iset jut, solange se den Rest als Trinkgeld kriegen.

Naja, ich wünsch uns allen ein jutes neues Jahr. Wer weiß, wat dat uns un de Vollzug noch alles bringen wird?

## Mitarbeitergespräch unterm Weihnachtsbaum

Frau jemacht. Dat Jeschenk muss ab jetz jedes Jahr um zwei Prozent im Wert jestei- gert werden. Heilisch Abend wird dann ers mal ein Mit- arbeiterjeschpräch unterm Weihnachtsbaum jeführt, ob de vereinbarte Ziele och auf Punkt und Komma er- reicht werden konnten. Mit Hein und dem singe

de Kinder zujeschickt. Spä- ter hamse sich jejenseitig zwanzisch Mark überwie- sen, un jetz kaufen se ein- fach ihre Kinder wat für zwanzich Mark un saren, dat is vom Onkel Pitter. Dat nennt man jejenseitige De- ckungsfähigkeit. Nächstes Jahr jehd dat dan mit de Eu- ros jenauso.

## Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – kein Kavaliersdelikt!

**Nun ist ein Vorkommnis an die Öffentlichkeit gedrungen, das eine Problematik beinhaltet, die augenscheinlich nicht als Einzelfall bewertet werden darf.**

Jüngere weibliche Bedienstete einer Vollzugseinrichtung sind offensichtlich über einen längeren Zeitraum massiv sexuell belästigt worden, ohne dass diesem Treiben nachhaltig Einhalt geboten wurde. Kolleginnen, die sich über dieses miese und verabscheuungswürdige Verhalten beschwerten, erhielten keinerlei Unterstützung – im Gegenteil: sie wurden verbal bedroht, gemobbt und erniedrigt. So ge-

schehen in einer Vollzugsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

In einer weiteren Justizvollzugsanstalt hat sich nun eine junge Kollegin endlich nicht mehr abfertigen und einschüchtern lassen. Sie nannte der Anstaltsleitung Ross und Reiter. Die Leitung nahm diese Vorwürfe nicht auf die leichte Schulter, sondern ermittelte. Und siehe da: Mithörer, Mitwisser und Zeugen wurden befragt und vernommen. Letztlich stellte sich die Aussage der couragierten Mitarbeiterin als die Wahrheit heraus. Daraufhin musste ein Bediensteter, der sich in der theoretischen Ausbildung an der JV-Schule

befand, diesen Ausbildungsabschnitt abbrechen. Man hat ihm offensichtlich nahegelegt, seine Entlassung einzureichen, ein Indiz dafür, dass dieses „Anmachen“ über das übliche Maß hinausgegangen ist. Es ist zu befürchten, dass derartige Vorkommnisse auch in anderen Vollzugseinrichtungen des Landes NRW anzutreffen sind. Dieses „Kesseltreiben“, so es denn geschieht, muss schnellstens aufhören. Der oder die „Täter“ sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie ggf. Straftatbestände erfüllen, die bei den „Opfern“ zu psychischen Störungen führen können und unweigerlich den Krankenstand erhöhen. Wer in

der heutigen Zeit noch immer meint, zum „starken Geschlecht“ zu gehören und solch ein Mobbing unterhalb der Gürtellinie als Kavaliersdelikt ansieht, der möge sich u.a. die Artikel 3 und 33 unseres Grundgesetzes in einem stillen Kämmerlein durchlesen. Die Strafvollzugsbediensteten, gleich welchen Geschlechts, können ihren gesellschaftlichen Auftrag nur dann sachgerecht und effizient wahrnehmen, wenn sich der eine auf den anderen rückhaltlos verlassen kann. Setzen wir alles daran, damit sich ein solches Grundvertrauen in unserem schwierigen beruflichen Alltag spiegelt. *Peter Glocker*

## Nachwuchskräfte der JVA Geldern mit beachtlichen Leistungen

**Die 10 Anwärterinnen und 16 Anwärter der JVA Geldern, davon 23 aus der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes und drei aus dem Werkdienst, legten im Spätsommer 2001 ihre Laufbahnprüfung an der Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal ab.**



Eine Kollegin des allgemeinen Vollzugsdienstes bestand die Laufbahnprüfung mit der Note *sehr gut*, fünf Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes und einer des Werkdienstes erreichten die Note *gut*, der Rest *vollbefriedigend*. Der Notenschnitt von 3,22 (aVD) und 2,67 (WD), kann sich auch landesweit sehen lassen. Anstaltsleiter Ul-

rich Hötter ließ es sich denn auch nicht nehmen, „seine Leute“ persönlich zu beglückwünschen. Die JVA Geldern legt nicht nur besonderen Wert auf die Ausbildung ihres Nachwuchses; auch der zwischen-

menschliche Kontakt muss stimmen, übrigens eine wesentliche Voraussetzung für eine Vollzugseinrichtung, die der betreuenden und beruflichen Behandlung einen so hohen Stellenwert einräumt.

Auch die geplante sozialtherapeutische Abteilung ist auf kompetente und motivierte Kolleginnen und Kollegen angewiesen und wird von dem Ausbildungsjahrgang 2000/2001 profitieren können.

## Heute schon gelacht?

### Die endgültige Definition der Begriffe „Verwaltungsakt“ und „Unterlassung“

#### Der Verwaltungsakt

Der Verwaltungsakt ist mit dem schöpferischen Akt der bildenden Künste vergleichbar, jedoch mit dem Unterschied, dass er kein kreatives Element enthält. Es gibt auch Gemeinsamkeiten mit dem Geschlechtsakt, wobei ein Verwaltungsakt üblicherweise ohne Lust ausgeführt wird und länger dauert. Von beiden lässt sich sagen, dass sie Folgen haben. Der Verwaltungsakt versetzt die ausführende Behörde in den ungewohnten Zustand der Aktivität, der hektischer Betriebsamkeit weicht, wenn sich herausstellt, dass der Verwaltungsakt auf einer rechtlich ungesicherten Grundlage stattfindet. Dieser Zustand geht allmählich in Erleichterung über, wenn es niemand gemerkt hat. Wenn dagegen alles herauskommt, erreicht die Betriebsamkeit unter Umständen die oberen Etagen

der Behörde oder sogar den zuständigen Minister.

Wird ein Verwaltungsakt von Amts wegen ausgeführt, so tritt der seltene Fall ein, dass eine Behörde von sich aus tätig wird. Dies geschieht glücklicherweise nur dann, wenn sie vom Gesetz dazu genötigt wird. Wenn das Ende des Verwaltungsaktes naht, werden seine Hinterlassenschaften in Ordnern gesammelt und im Keller begraben. Hier haben wir wieder einen deutlichen Unterschied zum Geschlechtsakt, der nur selten so gut dokumentiert wird. Nach dem Verwaltungsakt tritt die gewohnte Amtruhe wieder ein.

#### Die Unterlassung

Das Gegenteil des Verwaltungsaktes ist die Unterlassung, die mit erheblich geringerem administrativen Aufwand verbunden ist. Eine Unterlassung kann bereits durch die bloße Aufrechterhaltung der Amtruhe erreicht werden und wird daher dem Verwaltungsakt meist vorgezogen.

\*\*\*

Wenn eine Jurastudentin nicht bis zum 6. Semester ihren Doktor hat, muss sie ihn selber machen.

OV Moers-Kapellen

## Klaus Wickner in den Ruhestand verabschiedet

*Ein Mann des Ausgleichs, ein liebenswürdiger, verlässlicher Kollege, der jederzeit ansprechbar war und sich um den Strafvollzug verdient gemacht hat, ist mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst ausgeschieden. Klaus Wickner hat mit seinem engagierten Eintreten für die Belange sowohl der Inhaftierten als auch der Kolleginnen und Kollegen Akzente gesetzt und Spuren hinterlassen.*

Auf Orts- und Bezirksebene brachte **Wickner** sein profundes Fachwissen in die Personalratsarbeit ein. Mehr als zehn Jahre vertrat er die Interessen der Schwerbehinderten des Vollzugsamtsbezirks Rheinland. Für die würdige Verabschiedung des verdienten Kollegen führte der Bezirkspersonalrat eine auswärtige Sitzung in der JVA Moers-Kapellen durch. Der Bezirkspersonalratsvorsitzende und stellvertretende **BSBD-Landeschef Klaus Laschet** würdigte die besonderen Verdienste Wickners, der sich besonders um die Integration

schwerbehinderter Menschen in das Berufsfeld „Strafvollzug“ verdient gemacht hat. Mit Hartnäckigkeit, Einfühlungsvermögen und Kreativität, so Laschet, habe Wickner die Diskussionen in den Mitbestimmungsgremien bereichert und oftmals unkomplizierte Lösungen für komplexe Problemstellungen entwickelt. Anstaltsleiter **Metzner** betonte besonders die Zähigkeit und das Pflichtbewusstsein des künftigen Ruheständlers. „Aus gesundheitlichen Gründen hätten Sie, lieber Herr Wickner, längst aus dem Dienst ausscheiden können.



**JVA-Leiter Metzner (li.) und stv. Landesvorsitzender Laschet (re.) verabschiedeten Klaus Wickner in den wohlverdienten Ruhestand.**

Trotz Ihrer Erkrankung sind Sie bis zur Altersgrenze im Vollzug verblieben und haben sozusagen 'Endstrafe' abgesehen. Dies ist eine Leistung, die besondere Anerkennung

verdient“. Für den beginnenden neuen Lebensabschnitt wünscht der **BSBD** eine stabile Gesundheit, Zufriedenheit und viele aktive Jahre im Kreise der Familie.

OV Detmold

## 40 Jahre BSBD-Detmold

*Seit nunmehr 40 Jahren dient die Justizvollzugsanstalt Detmold der Unterbringung von Straftätern. Genauso lange besteht der BSBD-Ortsverband, der dieses Jubiläum im Herbst feierlich beging.*

Die Empfänger der im Jahre 2000 ausgelobten Leistungsprämien hatten die ihnen zuerkannten Geldbeträge uneigennützig zur Verfügung gestellt, um das Jubiläum in einem angemessenen Rahmen begehen zu können. Die Lemgoer Schützenhalle war dann auch

bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Ortsverband gemeinsam mit der Betriebssportgemeinschaft ein buntes, unterhaltsames Programm präsentierte. **Dieter Strate** und **Horst Obertopp** führten gekonnt durch die Veranstaltung, etliche Kolleginnen und Kollegen erprobten ihr kabarettistisches Talent, präsentierte Sketche und humoristische Szenen. Die Grüße des **BSBD-Landesverbandes** überbrachte dessen ehemaliger Vorsitzender **Wilhelm Bokermann**. Er erin-



**Wilhelm Bokermann (li.) und Karl-Heinz Jakob (re.), Vorsitzender des Detmolder Ortsverbandes, beim Auffrischen gemeinsamer Erinnerungen.**

nerte an eigene berufliche Erfahrungen, die er in Detmold machen konnte, und lobte die Kolleginnen und Kollegen, die ihren beruflichen Alltag traditionell als kollegial verschworene Gemeinschaft bewältigten. Der Gewerkschafter betonte, dass sich der Landesverband immer und zu jeder Zeit auf die solidarische Unterstützung der Detmolder Kolleginnen und Kollegen habe verlassen können. Dieser Rückhalt sei die Basis für die zahlreichen gewerkschaftlichen Erfolge, die der **BSBD** für die Beschäftigten des Strafvollzuges in den zurückliegenden Jahren habe erzielen können.

„Mit Stolz und Genugtuung auf das Erreichte zu blicken, gleichzeitig aber auch eine Zukunftsorientierung zu entwickeln, das ist es wert, ein Jubiläum feierlich zu begehen. Ich wünsche dem Ortsverband eine weiter kompetente Führung und jenen Zusammenhalt, ohne den gemeinsame Ziele nicht erreicht werden können“, gratulierte **Bokermann**.

Zu den Klängen der in Detmold etablierten Tom-Rose-Band wurde intensiv das Tanzbein geschwungen, geplaudert und ein geselliges Gemeinschaftserlebnis zelebriert, das erst in den frühen Morgenstunden endete.



**Dieter Strate (re.) bestach mit einer gekonnten Moderation und trug dazu ganz wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung bei.**

OV Bielefeld-Oberems

## Werner Everszumrode jetzt neuer Vorsitzender

Wenige Tage nach seiner Wahl zum NRW-Landesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) legte Klaus Jäkel sein Mandat als Vorsitzender des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems nieder. Fast auf den Tag genau 14 Jahre führte Jäkel den größten BSBD-Ortsverband in NRW. Höhen und Tiefen lagen oft dicht beieinander, so manch stürmische Situation galt es zu überstehen, betonte Jäkel in seinem Rechenschaftsbericht gegenüber den Mitgliedern im vollbesetzten Saal der Gaststätte „bei Lönne“ in Gütersloh. Mit Everszumrode wählte die Versammlung einen ausgewiesenen Vollzugspraktiker zum Nachfolger, der sich bei den Kolleginnen und Kollegen einen Namen gemacht hat, steht er doch für Verlässlichkeit, Einsatzbereitschaft und gewerkschaftliche Kontinuität.

In seinem Rechenschaftsbericht ging **Jäkel** nochmals auf die Schließungen von Außenstellen ein. „Die Aufgabe der Außenstelle Batenhorst und die vorausgegangenen Schließungen waren stets ein trauriger Augenblick meiner gewerkschaftlichen Aktivitäten“, erklärte **Jäkel**. Vor allem die nicht zu verantwortende Stilllegung der Haftanstalt in Gütersloh sei ein schmerzlicher Einschnitt in gewachsene Strukturen gewesen. „Eine erst Anfang der 60er Jahre errichtete, baulich intakte Vollzugseinrichtung seit 10 Jahren ungenutzt verrotten zu lassen, obwohl die Gefängnisse in NRW aus allen Nähten platzen, ist finanz- und vollzugspolitisch nicht zu verantworten“, bemängelte **Jäkel** unter dem großen Beifall der Teilnehmer realitätsferne Entscheidungen der Politik.

Mit Stolz wies **Jäkel** auf die vielen in den letzten Jahren vom Ortsverband organisierten Veranstaltungen hin. So hätten über 2.000 Mitglieder des Ortsverbandes in den letzten 14 Jahren an Seminarveranstaltungen und Studienfahr-

ten teilgenommen. Sicherlich werde dabei für viele Kolleginnen und Kollegen die mit über 200 Teilnehmern erfolgte Studienfahrt nach Istanbul noch in langer Erinnerung bleiben. Darüber hinaus dankte **Jäkel** allen Mandatsträgern und Mitgliedern des Ortsverbandes für die stets rückhaltlose, loyale Unterstützung. Nur daraus habe er in problembehafteten Zeiten die Kraft schöpfen können, die schwierigen und vielfältigen Aufgaben als Vorsitzender eines so großen Ortsverbandes wirkungsvoll und ergebnisorientiert wahrzunehmen.

Mit Sorge betrachte er die Personalsituation der JVA Bielefeld-Senne. Bei deutlich rückläufigen Bewerberzahlen gestalte sich die Nachwuchsgewinnung überaus schwierig, erläuterte **Jäkel**. „Obwohl die Außenstellen über nahezu 20 zu besetzende Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst verfügen, können keine geeigneten Bewerber gefunden werden. Sicherlich wird hierfür auch das in den Medien häufig vermittelte negative Berufsbild ursächlich sein“. Auch die Me-



Klaus Jäkel (re.) gratuliert seinem Nachfolger Werner Everszumrode zum überwältigenden Vertrauensbeweis der Mitgliederversammlung.

dien, so **Jäkel** weiter, müssten langsam einsehen und begreifen, dass es keine Wärter, sondern nur noch Strafvollzugsbedienstete mit einer hochqualifizierten Ausbildung gebe. Im Vollzug werde nicht primär Freiheit entzogen, sondern sozialer Dienst im Bereich der Inneren Sicherheit geleistet. Seinem Nachfolger wünschte **Jäkel** viel Glück und Kraft, um die sich abzeichnenden gewerkschaftlichen Herausforderungen der Zukunft wirkungsvoll zu bestehen und die führende Position des Ortsverbandes als eine der mitgliederstärksten Untergliederungen des **BSBD** weiter auszubauen. Im Rahmen der

anschließenden Neuwahl des Vorsitzenden erhielt der bisherige stv. OV-Vorsitzende **Werner Everszumrode** mit überzeugender Mehrheit das Vertrauen der Mitglieder. Mit **Everszumrode** übernimmt ein erfahrener Vollzugspraktiker aus der JVA Bielefeld-Senne die Führung des Ortsverbandes, der bereits über viele Jahre in führender Stellung innerhalb dieser **BSBD**-Untergliederung Verantwortung getragen hat. Seit Jahrzehnten in mehreren Außenstellen im Kreis Gütersloh beruflich tätig, ist der neue Vorsitzende mit den landesweit einmaligen Strukturen der JVA Bielefeld-Senne bestens vertraut. Er kennt die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen aus eigenem Erleben und ist in der Lage, gemeinsam mit den Mitgliedern des Vorstandes effiziente Lösungen für die absehbaren gewerkschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln. Als vorrangiges Ziel hat der neue Vorsitzende die stärkere Einbindung der jungen Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaftsarbeit ausgegeben. „Nur mit der Jugend werden wir die Zukunft gewinnen“, erklärte **Everszumrode**. Abschließend wurden über 50 Mitglieder des Ortsverbandes für ihre 25-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft im **BSBD** geehrt.



Einigkeit kennzeichnete die Entscheidungen der Mitgliederversammlung. In angenehmer Atmosphäre wurde durch die Wahl Werner Everszumrode zum neuen Ortsverbandsvorsitzenden eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft vorgenommen.

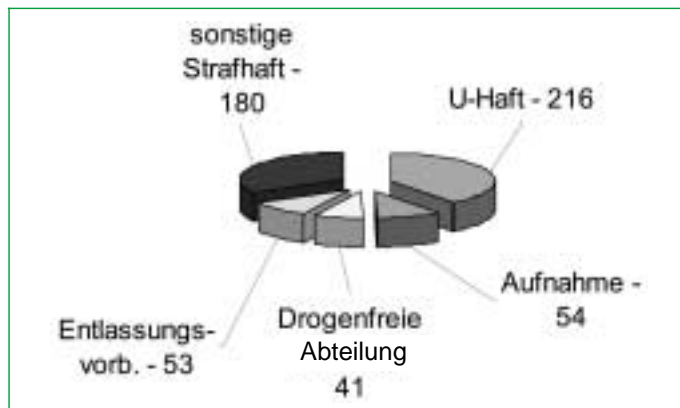
### Neue Strukturen und Konzepte für den Behandlungsvollzug

**Auf der Grundlage von Schwerpunktarbeit und konzeptioneller Umsetzung des Papiers „Rolle der Fachdienste“ wird in der JVA Essen eine neue Binnenstruktur entwickelt.**

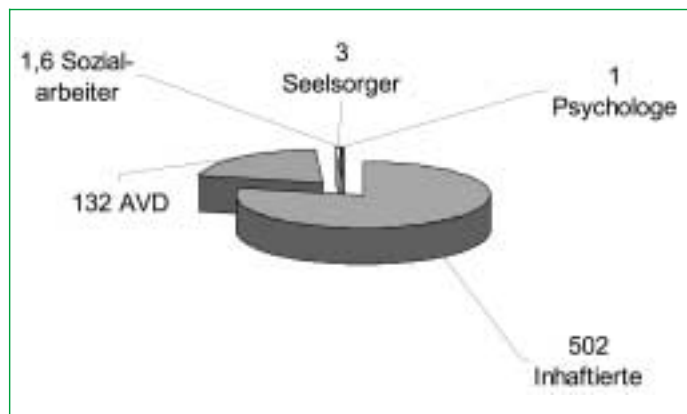
Nach der Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen im August 1998 verblieb auf dem Hintergrund ministerieller Planung und Entscheidung in der Justizvollzugsanstalt Essen nur noch eine rudimentäre Betreuungsstruktur und ein deutlich geschrumpfter Personalkörper.

beit zu leisten. Diese Arbeit bezog sich nicht nur auf die Klienten, sondern auch auf das „Gemeinwesen Justizvollzugsanstalt“. Es galt, nicht isoliert Vorstellungen und Visionen zu entwickeln, sondern sie in die Handlungsgemeinschaft des Vollzuges zu transportieren und somit Prozesse in Gang zu setzen.

Fachliche Ideen und Interessen, basierend auf dem Papier „Rolle der Fachdienste“, einen modernen Behandlungsvollzug zu realisieren, wobei unter humanitären und wirtschaftli-



Angestrebte Binnendifferenzierung für 2002



Verhältnis Bedienstete/Fachdienste zu den Inhaftierten im August 1998

Hierdurch war für alle Beteiligten – sowohl Personal als auch Inhaftierte – eine extrem schwierige und allseits deutlich belastete Situation entstanden, der Krankenstand war äußerst hoch, das Durchschnittsalter im allgemeinen Vollzugsdienst war merklich im oberen Altersbereich angesiedelt.

Die Justizvollzugsanstalt Essen in ihrer ursprünglichen Originalität existierte nicht mehr. Auch die Fachdienste waren erheblich dezimiert und bestanden nur noch aus 3 Seelsorgern, 2 Sozialarbeitern und einer Psychologin. Trotzdem wurde mit allem professionellen Selbstverständnis die Initiative ergriffen, zumindest rudimentär dem gesetzlichen Betreuungs- und Behandlungsauftrag gerecht zu werden und somit dem eigenen beruflichen Rollenverständnis treu zu bleiben. Durch konsequente personelle Planung gelang es, dem Fachdienst „Sozialarbeit“ personelle Handlungsfähigkeit zu verleihen und konkret wieder soziale Ar-

chen Aspekten ein möglichst effektives Gesamtbild in der Folge angestrebt werden sollte, fanden unmissverständlich Berücksichtigung. Zentraler Ort der dafür notwendigen und nicht immer einfachen Auseinandersetzungen stellte und stellt die Grundlagenkonferenz/ Koordinierungskonferenz als Steuerungselement unter Beteiligung aller Berufsgruppen und Bereiche dar.

Über zunächst notdürftige Vereinbarungen der Zusammenarbeit wird nun unter Berücksichtigung der neuen Steuerungsmodelle prozesshaft daran gearbeitet, dem Behandlungsprofil auf der Grundlage des Leitbildes der JVA Essen ein modernes Dienstleistungsniveau zu geben.

Trotz der schwierigen Ausgangslage im Jahre 1998 zeigt die derzeitige Entwicklung bereits sehr konkret auf, dass in der Justizvollzugsanstalt Essen künftig zunehmend verstärkt ein moderner Behandlungsvollzug zur Umsetzung kommen wird.

Seit April 1999 findet trotz der ministeriellen Aussage „in Essen wird es keine Suchtkrankenhilfe mehr geben“, auf der Basis eines neu erarbeiteten Suchtkonzeptes – Grundlage ist der seit Ende 1998 geltende Drogenerlass – in enger Zusammenarbeit mit der Essener Drogenhilfe, Krisenhilfe e.V., eine qualifizierte Suchtarbeit statt.

Anfang 2000 wurde ein Freizeitkoordinator aus dem allgemeinen Vollzugsdienst eingesetzt, der in Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst auf der Grundlage eines zeitgemäßen Konzeptes erste Anfänge von Freizeitarbeit realisiert. Die Besetzung dieses Dienstposten, wie auch schon zuvor im Bereich der internen Suchtberatung, war nur durch die bestehende Einsicht in die Notwendigkeit des Behandlungsvollzuges und der traditionellen wie auch bekannten Solidarität in der JVA Essen möglich.

Im Juni 2001 wurde die Aufnahmeabteilung unter der Koordination einer Sozialarbeiterin in Betrieb genommen. Sie stellt das wesentliche Basiselement für die weitere Binnendifferenzierung in der JVA Essen dar. Die Besonderheit besteht vor allem darin, dass hier Prisonierungseffekte vermieden und Deprivationsercheinungen gemildert werden sollen. Darüber hinaus werden konsequent Maßnahmen der Haftverkürzung unter Beteiligung der Vereinigung der Essener Strafverteidiger und des Essener Vereins für Betreuungshilfe e.V. sowie weiterer Kooperationspartner aus dem Bereich der Integrati-

onshilfe eingeleitet. In Teamarbeit mit dem allgemeinen Vollzugsdienst, dem psychologischen Fachdienst und dem Sozialdienst wird eine psychosoziale Erstdiagnostik geleistet, die in einem Basisbehandlungsplan einmündet und während des Vollzuges umgesetzt werden soll.

Seit Februar 2001 ist eine abstinenzorientierte Abteilung für die hier einsitzenden drogenabhängigen und therapiewilligen Gefangenen in der konkreten konzeptionellen Planung des Sozialdienstes bzw. der Suchtberatung, mit der sich die hiesige Steuerungsgruppe bereits sehr intensiv auseinandergesetzt hat. Mittlerweile sind die Überlegungen soweit gediehen, dass sie kurz vor dem Abschluss stehen. Der Start dieser Abteilung ist für Frühjahr 2002 beabsichtigt.

Im Laufe des letzten Halbjahres 2001 sind – ebenfalls auf der Grundlage sozialarbeiterischer Überlegungen – konzeptionelle Voraussetzungen für die Einrichtung des Langzeitbesuchs in der hiesigen JVA entwickelt worden. Die Umsetzung soll bereits zu Beginn des Jahres 2002 erfolgen.

Im Laufe des Jahres 2001 wurden durch den Sozialdienst der JVA Essen bereits gute Fundamente für die im Jahr 2002 einzurichtende Abteilung mit der Thematik „Besondere Hilfen zur Entlassungsvorbereitung“ gelegt. Hier wird der Bereich Schuldenberatung in Kooperation mit externer Fachkompetenz als sozialarbeiterischer Schwerpunkt installiert und außerdem in Partnerschaft mit freien Trägern Paar-

beratung sowie intensivierte Problembearbeitung – insbesondere für Strafgefangene in der Entlassungsphase – stattfinden. Des Weiteren werden durch einen Pädagogen, verantwortlich für die Bereiche Bildungsmanagement und berufliche Bildung, bereits erste Grundlagen geschaffen, die Voraussetzungen für die Haftentlassung qualitativ zu verbessern. Alles was vorbereitend für eine solidere Grundlage im Blick auf eine spätere Arbeitstätigkeit – unter besonderer Berücksichtigung der persönlichen Problemstellung und unter Einbeziehung/ Beachtung der sozialen Kernbezüge – sorgen kann, wird durch ihn koordiniert und der angedachten Zielgruppe konzentriert vermittelt.

Ebenfalls im Laufe des Jahres 2001 wurde eine Kollegin des allgemeinen Vollzugsdienstes für den Bereich des Sozialen Trainings ausgebildet, so dass in Verbindung mit der Schwerpunktinhaberin aus dem Sozialdienst ab Oktober 2001 entsprechende Maßnahmen angeboten werden können. Dieses Angebot richtet sich insbesondere an Gefangene, die sich bereits in anderen problemorientierten Angeboten innerhalb der konzeptionell angedachten und teilweise bereits umgesetzten Binnendifferenzierung befinden.

Auch vor dem Hintergrund der Gesetzesänderung für den Bereich des Untersuchungshaftvollzuges werden im Sozialdienst konzeptionelle Überlegungen unter dem Stichwort ASD (Allgemeine Hilfen aus dem Bereich des Sozialdienstes) angestellt. Es gilt, das Angebot der beratenden Hilfen besonders für Untersuchungshäftlinge neu zu konzentrieren und über einen Schwerpunktinhaber zu koordinieren. Die entsprechenden Schnittstellen zu den übrigen

Diensten, insbesondere zum allgemeinen Vollzugsdienst, zuständig für den Bereich der primären Hilfen, sollen dabei

sorgfältig abgestimmt werden. Eine Umsetzung wird für das Jahr 2002 angestrebt.



Die JVA Essen alter Prägung ist nicht mehr existent. Aus ihr, ihren renovierungsbedürftigen Baulichkeiten und den in jeder Hinsicht unzureichenden Ressourcen geht jedoch – trotz alledem! – eine gänzlich neue hervor. Die jetzige JVA Essen ist an ihrer neuen Binnensstruktur – soweit diese bereits „steht“ und noch weiter-

entwickelt wird – ebenso zu erkennen, wie an Bediensteten aus allen Bereichen, die mit gutem Teamgeist und fachlichem Gestaltungswillen daran arbeiten, berufliches Ethos mit gesetzlichem Auftrag zu verbinden. Dabei wird insbesondere der allgemeine Vollzugsdienst aufgrund der in der konkreten Dienstrealisierung

noch auf Jahre hin sich abzeichnenden personellen Unterdeckung auch weiterhin – mehr als vertretbar! – in Anspruch genommen werden. Ein personeller Neuaufbau durch Neueinstellungen und Ausbildung dieser Kräfte braucht Zeit. Um so mehr ist die Leistung all dieser Kolleginnen und Kollegen zu bewerten, die unter den früheren Planungen und deren konkreten Auswirkungen seit über drei Jahren zu leiden haben. Schließlich geht diese Entwicklung nicht im geringsten „auf ihre Kappe“.

**Bei allem, was seit dem Spätsommer 1998 in Essen geschieht, ist besonders die Innovationsfreude des Anstaltsleiters hervorzuheben, der entweder selbst als wesentlicher Impulsgeber oder aber im Hinblick auf die angestrebte Umsetzung als umsichtig agierender Prozessbegleiter eine maßgebliche Rolle spielt.**

*Eva Brinkmanns,  
Herbert Gröning*



*Ein neuer Geist im alten Gemäuer. Unter schwierigen Bedingungen wird ein zukunftsorientierter Vollzug gestaltet.*

**Wichtiger denn je:  
Mitgliedschaft im**

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug